

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

45. Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags. — Abonnementspreis vierteljährlich 1 Mark. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Inserate werden Montag und Donnerstags bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Nr. 46.

Dienstag, den 9. Juni

1885.

Bekanntmachung.

Während der Abwesenheit des Standesbeamten und Gemeindevorstandes Herrn Ohmann in Grumbach werden die Standesamts-
geschäfte durch den früheren Standesbeamten
Herrn Erbgerichtsbesitzer Ludwig in Grumbach
besorgt.

Meißen, am 6. Juni 1885.

Königliche Amtshauptmannschaft.

J. B.
Silbert, Bez.-Ass.

Kommenden

Freitag, den 12. Juni d. J., Vormittags 9 Uhr,

gelangen im R. Amtsgerichte alhier 1 Möbeltransportwagen, 1 kleinerer Handwagen, 1 Kleiderschrank, 1 Waschtisch und 1 Schreibsekretair
gegen sofortige Baarzahlung zur Versteigerung.

Wilsdruff, am 5. Juni 1885.

Matthes, Gerichtsvollzieher.

Kommenden

Sonnabend, den 13. Juni d. J., Vormittags 10 Uhr

gelangen im hiesigen Armenhause die zum Nachlasse des Schmiedemeisters Joch alhier gehörigen Gegenstände, als: 2 alte Schränke, 1
Pöfelsack, 1 Lade, 1 Bettstelle, Betten, Kleidungsstücke, 1 Bierfäßchen u. a. m. gegen sofortige Baarzahlung zur Versteigerung.

Wilsdruff, am 5. Juni 1885.

Matthes, Gerichtsvollzieher.

Tagesgeschichte.

Berlin, 6. Juni. Die Wiederherstellung Sr. Maj. des Kaisers
schreitet, wie der „Reichs- und Staatsanzeiger“ meldet, in erwünschter
Weise fort.

Die Publikation des Börsensteuergesetzes dürfte, wie die „Berl.
Pol. Nachr.“ hören, in allernächster Zeit zu erwarten sein, nachdem
dasselbe die Unterschrift Sr. Maj. des Kaisers erhalten hat.

War das ein Gewimmer in gewissen Kreisen, als im vorigen
Jahre zuerst die Absicht von einer Besteuerung der Börsengeschäfte
aufstand. Und nun? — jetzt kann man in Börsenkreisen ganz offen
die Ansicht aussprechen hören, daß man mit dem neuen Börsensteuer-
gesetz, wenn der Bundesrath zweckmäßige Ausführungsvorschriften er-
läßt, recht wohl werde auskommen und bestehen können. Man ist
im Grund auch in diesen Kreisen froh, daß die Frage gelöst ist, und
wünscht nur, es möchte eine definitive Lösung sein. Die Befürchtung,
als ob sich der Verkehr in gewissen Geldgeschäften nach anderen Plätzen
wenden könnte, oder gar, als ob große Firmen nach dem Ausland
überfiedeln würden, wird jetzt geradezu als lächerlich bezeichnet. Man
sieht eben auch hier wieder, daß mit etwas Geduld und einigem gu-
tem Willen gar viel möglich zu machen ist in dieser schlechtesten aller
Welten!

Der deutsche Innungstag, der am 14., 15. und 16. c. in Berlin
stattfinden soll, wird allem Anscheine nach sich zu einer großen Hand-
werker-Demonstration gestalten. Auf 1000 ergangene Einladungen
an Innungen, Gewerksvereine sind bereits mehr als 600 Anfragen ein-
gegangen.

Fast in aller Stille hat der Reichskanzler am vergangenen Don-
nerstag sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum gefeiert und scheint
man in weiteren Kreisen dieses Tages gar nicht mehr gedacht zu ha-
ben. Es ist indessen wohl entschuldbar, da die Feier des 70. Geburts-
tages des Fürsten Bismarck das nur zwei Monate später fallende
Dienstjubiläum bedeutend in den Hintergrund treten ließ, über dies
ist ja des letzteren vielfach gleich mitgedacht worden. Wir wollen dar-
um unseren Lesern nur nochmals ins Gedächtniß zurückerufen, daß
Otto von Bismarck am 4. Juni 1835 als Auscultator beim Berliner
Stadtgericht eintrat und daß somit dieser Tag den ziemlich bescheiden-
nen Anfang einer Carrière bildet, wie sie wohl nur selten einem Staats-
manne zu Theil geworden ist.

Es ist nicht unbeachtet geblieben, schreibt die „N. A. Z.“, „daß
von konservativer Seite Abgeordnete aus dem Königreich Sachsen be-
sonders lebhaft für Arbeiterschutzmaßnahmen im Allgemeinen und für
Verbot der Sonntagsarbeit im Besonderen eingetreten sind. Man
wollte daraus irrtümlicher Weise den Schluß ziehen, daß aus den
heimischen Erfahrungen dazu besonderer Anlaß genommen worden sei.
Wir sagten irrtümlicher Weise, denn, was die vorliegenden Berichte
der sächsischen Gewerbeinspektoren für 1884 berichten, rechtfertigt ein
derartiges besonders prononziertes Auftreten für jenes Verbot durchaus
nicht. Es lassen sich diese Beamten sämtlich über die in ihren Be-
zirken vorkommende Sonntagsarbeit aus. Aus diesen Mittheilungen
dürfte sich ergeben, daß in Sachsen regelmäßige Sonntagsarbeit als
eine vereinzelt dastehende Ausnahme betrachtet wird, die nur da tole-
rirt wird, wo eine nachgewiesene Nothwendigkeit vorliegt; das deuten
alle diese Beamten durch den Ton an, in welchem sie von der Sonn-
tagsarbeit sprechen. Ferner beweisen die vereinzelt aufgeführten Fälle
eingetretener Bestrafungen, daß die gesetzlichen Bestimmungen streng
gehandhabt und Willkürlichkeiten der Unternehmer nicht geduldet wer-
den. Es wird also wohl mit dem Eifer der gedachten sächsischen Ab-
geordneten für Erlaß eines generellen Verbotes der Sonntagsarbeit
die Ursache haben, daß man sich sagt: Sonntagsarbeit ist an sich ein

Uebel, bei uns tritt es zwar nur vereinzelt auf, anderen Ortes könnte
das aber wohl mehr der Fall sein, und da wollen wir doch den ar-
men Leuten dort helfen. So wohlgemeint solche Bestimmungen sein
mögen, so können sie allein doch kaum entscheidend sein, und es wird
untersucht werden müssen, ob entbehrliche Sonntagsarbeit in solchem
Umfange zu konstatiren ist, daß mit den bisherigen Bestimmungen dem
nicht abzuhelfen wäre. Dazu werden die noch nicht veröffentlichten
Berichte der übrigen Fabrikinspektoren voraussichtlich weiteres Mate-
rial liefern“.

Die preussische Regierung wird in nächster Zeit beim deutschen
Bundesrath einen Antrag auf Erbauung des Nordsee-Kanals einbrin-
gen. Die Kosten sollen auf 156,000,000 Mk. veranschlagt sein, wo-
von etwa 50,000,000 Mk. von Preußen vorweg geleistet, die übrigen
etwa 106,000,000 Mk. vom Reich getragen werden sollen.

Ein patriotischer Statistiker hat herausgerechnet, daß die vier be-
deutendsten Männer Deutschlands gegenwärtig zusammen genau 333
Jahre zählen. Und zwar ist dem Alter nach aufgeführt Leopold v.
Ranke 90 Jahre, unser Kaiser 88 Jahre, Graf Moltke, der mit
dem Jahrhundert schreitet, 85, und als „Nesthäkchen“ dieser illustren
Gesellschaft Fürst Bismarck 70 Jahre alt. Nacht zusammen 333.

Kreuznach. Heute Mittag gegen 1 Uhr brach in der Mann-
heimer Straße, dem ältesten Theile der Stadt, Feuer aus, durch wel-
ches eine Bierbrauerei, 4 Gerbereien, sowie mehrere kleinere Wohn-
und Nebengebäude zerstört wurden. Weitere Gefahr ist jetzt beseitigt.

Die englischen Blätter schwärmen bereits von einem Bündniß
zwischen Deutschland und England und der „Daily Telegraph“ sagt
am Schlusse eines längeren Artikels etwa Folgendes: „Der Weg ist
geebnet für jene belle alliance, welche ein großer Krieg an irgend
einem Tage so glänzend verherrlicht sehen dürfte, wie es vor 70 Jahren
auf den Ebenen von Waterloo geschah.“

Wien. Soeben werden die ministeriellen Verordnungen veröffent-
licht werden, welche bestimmt sind, die Durchführung des Gesetzes, be-
treffend die Sonntagsruhe und den Normalarbeitstag, im Einzelnen
zu regeln. Nach diesen Verfügungen wird die Sonntagsruhe nach
Sonntag Morgens um 6 Uhr ihren Anfang nehmen und durch 24
Stunden bis Montag Morgens um 6 Uhr dauern. Obligatorisch ist
die Sonntagsruhe für alle Industrien und Gewerbe — „mit Ausnahme
derjenigen, bei denen eine Unterbrechung des Betriebes unthunlich ist
und welche den Bedürfnissen der Konsumenten dienen“. Ausgenommen
von der Sonntagsruhe sind auch die Unternehmungen für den öffent-
lichen Verkehr. Als solche Ausnahmen sind bezeichnet: Hüttenwerke,
Maschinen- und Glasfabriken, Mühlenindustrie, ferner die Gewerbe,
welche sich mit dem Verkauf von Lebensmitteln beschäftigen, Badean-
stalten und alle Arten von Verkehrsunternehmungen.

In der französischen Deputirtenkammer scheint am 4. Juni wieder
ein heftiger Kampf gekämpft worden zu sein, wenigstens deuten kurze
telegraphische Berichte über den Verlauf der Sitzung darauf hin, in
welcher der Antrag, das gestürzte Ministerium Ferry in Anlagestand
zu versetzen, zur Verhandlung stand und das Ende berathen wurde.
Die Annahme des Antrags, dessen Ablehnung die Kommission vor-
schlug, wurde von den Rednern der Radikalen und der Monarchisten
empfohlen, und die Angriffe, welche dieselben machten, waren derart
heftig, daß es Ordnungsrufe gerechnet zu haben und an nicht gerade
seinem Komplimenten Mangel nicht geherrschert zu haben scheint. Daß
der Antrag auf Verfolgung des Ministeriums Ferry mit bedeutender
Majorität abgelehnt wurde, ist wohl hauptsächlich durch das kräftige
Eingreifen des jetzigen Ministerpräsidenten Brisson gegen den Antrag
und seine eindringlichen Mahnungen zur Einigkeit der republikanischen
Parteien Angesichts der bevorstehenden Neuwahlen herbeigeführt worden